

# Senftenberger Anzeiger

Nachrichtenblatt und Anzeiger für den Niederlausitzer Industriebezirk, insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Senftenberg

Fernsprech-Anschlüsse: Senftenberg 493 und 510, Ausland 207, Dittand 48, Lautawerk 221



Tageszeitung für Stadt und Land  
Publikations-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden

Geschäftsstelle: Senftenberg N.-L., Am Markt Nr. 11  
Druckerei: Langhstraße Nr. 19

Verlag und Rotationsdruck von Gebrüder Grubnits Buchdruckerei in Senftenberg, Auslands und Urland — Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger  
Redaktion: Senftenberg, Langhstraße 19 — Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Blücherstraße 12 — Fernruf: Buerwald 5011

124. Nr. 1933

Erscheint 5mal wöchentlich (außer Sonn- und Feiertagen). Bezugspreis für den Geschäfts- und den Adressierten monatlich 60 Pf., einzelner Nummerer je nach Umfang 10 und 16 Pf. Abonnementspreise 1,00 M. Durch den Zeitungsboden frei ins Haus geliefert monatlich 20 Pf. mehr durch die Post bezahlbar.

Dienstag, den 30. Mai 1933

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeilenmeter-Zeile oder deren Raum 2 Pf., bei letzten Anzeigen 6 Pf., für amtliche Anzeigen 20 Pf., im Restamteile 60 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Anzeigen mit Anzeigenverteilung oder Anzeigenannahme 20 Pf. mehr. Keine Einzelzeilen (außer bei besonderen Umständen).

58. Jahrgang

Bei Wiederholungen von Anzeigen wird Rabatt gewährt, der größeren und öfteren Aufträgen entsprechend. Der Rabatt ist nur bei Vorzahlung innerhalb 10 Tagen gültig, bei späterer Zahlung und bei Kontoführung erfolgt der Rabattanspruch. Für unentgeltlich gelieferte Anzeigen, Aufträge durch Fernsprecher sowie Erscheinung der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Unentgeltlich einverständliche Anzeigen, wenn kein Rückporto beigeschickt ist, nicht zurückgeliefert. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

## Die kommende Arbeitsdienstpflicht.

### Die Grundlagen zum Aufbau.

Die Worte, mit denen der Reichskanzler Adolf Hitler am 1. Mai die Arbeitsdienstpflicht als eine wichtige Aufgabe der Reichsregierung ankündigte, haben im ganzen deutschen Volk stärksten Widerhall gefunden. Mit allergrößtem Interesse werden die Maßnahmen verfolgt, die der Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht im einzelnen dienen. Nach den Beschlüssen des Reichsarbeitsministers Franz Seidte und den Anordnungen des Staatssekretärs Sierl wird bei der Vorbereitung der Dienstpflicht von den durch den freiwilligen Arbeitsdienst erarbeiteten Grundlagen ausgegangen. Geeignete nationalsozialistische und Stahlhelm-Lager werden, wenn sie über eine Vorgesellschaft verfügen, die zu 60 Prozent aus vor dem 30. Januar 1930 Mitglied gewesen Nationalsozialisten oder Stahlhelmern besteht, zu sogenannten

Stammabteilungen der kommenden Arbeitsdienstpflicht ausgebaut. Inwieweit Lager anderer Dienstträger — Verbände — zur Bildung von Stammabteilungen herangezogen werden, unterliegt ausschließlich der Entscheidung des Staatssekretärs für den Arbeitsdienst Oberst a. D. Sierl.

Die Vorbereitungen für die Einführung des Arbeitsdienstes sollen so vorwärtsgetrieben werden, daß es möglich ist, um die kommende Jahreswende die Hälfte eines Jahrgangs einzuziehen. Man rechnet hier nach Ausschreibung von Untauglichen und Zurückgestellten mit etwa

270 000 Dienstpflichtigen.

Die zweite Hälfte des einzuzuziehenden Jahrgangs würde dann erst später eingezogen werden. Über diese Einzelheiten wird durch ein Reichsgesetz nach Abschluß der Vorbereitungen die Entscheidung getroffen werden. Die für den Anfang vorgesehene

Organisation und Gliederung der Arbeitsdienstpflichtigen

wird so aussehen, daß in den Arbeitsdienstbezirken, in die Deutschland eingeteilt ist, eine bestimmte Zahl von sogenannten Arbeitsdienstgruppen zu je neun Dienstpflichtigenabteilungen in genannten Arbeitsdienstgruppen zu je neun Dienstpflichtigenabteilungen in Stärke von etwa 200 Mann einschließlich Führern gebildet wird. Das Ziel der Vorbereitungen ist es nun,

bis zum Einberufungstage der Dienstpflichtigen für jede Dienstpflichtigenabteilung einen eingearbeiteten Führer zu schaffen, deren ideale Einstellung zum Arbeitsdienst, der dann zu bildenden Abteilung den inneren Halt gibt. Am 1. August hat für jede kommende Dienstpflichtigenabteilung eine sogenannte

Gruppenstammabteilung

zu stehen, aus der am 1. Oktober durch Hinzunahme von Freiwilligen drei Stammabteilungen gebildet sein müssen. Diese Stammabteilungen enthalten dann je drei Führer- und drei Freiwilligenstämme, die voraussichtlich zum 1. Dezember auseinandergezogen und in die künftigen Standorte der Dienstpflichtigenabteilungen verlegt werden, um dort die für die Einberufung und Einrückung des ersten Halbjahrgangs notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Nach den für die einzelnen Arbeitsdienstbezirke aufgestellten vorläufigen Berechnungen haben am 1. August 180 Gruppenstammabteilungen zu stehen, aus denen am 1. Oktober 540 Stammabteilungen und am

1. Dezember 1620 Abteilungsstämme entwickelt sein müssen. Der erste Halbjahrgang der Dienstpflichtigen würde dann nach seiner Einberufung in 1620 Dienstpflichtigenabteilungen gegliedert sein.

Bei diesem Aufbau soll darauf geachtet werden, daß der Führer der bis zum 1. August zu bildenden Gruppenstammabteilung auch

der Führer der zukünftigen Arbeitsdienstgruppe

mit ihren neun Abteilungen ist. Die Anweisungen, die als Norm gedacht sind, sehen vor, daß zur Aufstellung einer neuen Stammabteilung eingearbeitetes Führerpersonal und Freiwillige von älteren Stammabteilungen abgegeben werden. Auch können die Gruppenstammabteilungen schon früher als zu dem genannten Termin gebildet werden. Bei allen bei diesem Aufbau verwandten Führern an der Spitze von Gruppenabteilungen und Jünger ist es ein selbstverständlicher Grundsatz, daß sie eine gewisse Zeit in praktischen Arbeitsdienst geleistet haben. Eine endgültige Ernennung von Gruppen- und Abteilungsführern wird erst ausgesprochen, wenn sie eine Führerschule des staatlichen Arbeitsdienstes besucht haben.

Die Frage der Befolgung

wird durch eine besondere Befolgungsverordnung festgelegt werden. Eine Verletzung des freiwilligen Arbeitsdienstes erlöst bereits nach der Verletzung der Befolgung

## Schacht über die internationale Kreditpolitik.

Eröffnungsrede bei der Transfer-Zusammenkunft.

Bei der Eröffnung der Transfer-Zusammenkunft in Berlin wies der Reichsbankpräsident Dr. Schacht einleitend darauf hin, daß es sich bei den Besprechungen weder um Verhandlungen noch um eine Konferenz handele, sondern lediglich um eine formlose Unterhaltung. Die Vertreter, die nach Berlin entsandt worden seien, seien nicht von der Reichsbank ausgewählt, sondern von denjenigen Organen, die durch die Notenbanken angesprochen worden seien. Die Regierungen hätten mit dieser Zusammenkunft nichts zu tun. Die geplante Aussprache sei auch keine solche zwischen den deutschen Schuldner und den ausländischen Gläubigern, weil das

Transferproblem kein privatwirtschaftliches, sondern ein deutenpolitisches Problem sei, für das die Reichsbank zuständig sei.

Die Vorgeschichte der Transferkrise.

Schacht ging dann auf die Vorgeschichte der Transferkrise ein. Er wies darauf hin, daß diese nur verständlich sei, wenn die ganze politische Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre zurückverfolgt werde. Die Kriegsschulden hätten zu der ganzen Transferkrise letzten Endes den Urgrund gelegt. Deutschland habe nach der Stabilisierung der deutschen Währung für gewisse ausländische Kredite Verwendung gehabt, und zwar zur Wiederauffüllung seiner Rohstofflager, weiter um seine Exportorganisation im Ausland wieder aufzubauen oder um die Reichsbank mit Gold und Devisen als Unterlage für die Währung anzureichern. Diese drei Verwendungsarten seien normal und berechtigt. Was darüber an Auslandskrediten heringekommen sei, sei vom Übel gewesen.

Die übermäßige Zuanpruchnahme der Kredite sei Ursache gewesen, daß sehr hohe Zinssätze nach Deutschland heringekommen seien, wie die ganzen Jahre von 1924 bis 1930 einen Einfuhrüberschuß gehabt hätten. Die Idee der Gläubiger Deutschlands sei eine andere gewesen. Sie ging dahin, daß Deutschland das Geld für die Reparationen durch seinen Export verdienen sollte. Man baute also darauf, daß Deutschland einen Exportüberschuß erzielen würde. Gegen einen deutschen Exportüberschuß habe sich von Anfang an der industrielle Widerstand aller anderen Länder geltend gemacht. Da trotzdem die Politiker immer wieder auf Reparationszahlungen gedrängt hätten, so sei kein anderes Mittel geblieben, als daß man die Gelder, die durch Auslandskredite heringekommen seien, nicht nur zum Warenimport, sondern auch zur Bezahlung der Reparationen verwendet. Von den 30 Milliarden Auslandskrediten seien reichlich die Hälfte für Reparationszahlungen verwendet worden.

Zusammenbruch des Kreditwesens.

Dieses ganze System sei in sich völlig falsch und ungesund gewesen. Es sei zu Bruch gegangen in dem Augenblick, in dem die Ausländer aufgehört, Auslandskredite nach Deutschland zu geben, die seit Oktober 1929. Seitdem seien die unaußereichen Wirkungen eingetreten, nämlich 1. daß Deutschland keine Reparationen mehr bezahlen konnte und 2. daß wir statt eines Importüberschusses einen Exportüberschuß bekamen. Es habe aber lange gedauert, bis das Ausland eingesehen habe, daß die Politik, die es in den Jahren 1924 bis 1930 betrieben habe, völlig falsch gewesen sei. Wenn die Amerikatrize Ende 1929 dieses System gestoppt habe, so habe der Zusammenbruch der österreichischen Kreditpolitik im Mai 1931 den Ausstoß zur direkten Katastrophe gegeben: Das Ausland habe aus Angst die kurzfristigen Kredite alle gekündigt. Deutschland habe versucht, dieser Krise zu begegnen, indem es die Devisenzwangswirtschaft eingeführt habe. Die Stillhalteabkommen hätten letzten Endes dazu geführt, daß die Beendigung der Katastrophe vorhergesehen worden, nicht aber daß sie geheilt worden sei. Seit der Amerikatrize habe Deutschland über 10 Milliarden Mark an Kapital und Zinsen in ausländischer Valuta abgeführt. Das beweise den guten Willen und die Unfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Es sei aber nicht denkbar, daß man aus einer so komplizierten Wirtschaft wie der deutschen plötzlich 10 Milliarden Mark herausnehme ohne schwerste Schädigung.

Endlich habe man sich keine Gedanken darüber gemacht, daß die

Rückzahlung der Kredite nicht ohne eine schwere Schwächung der Reichsbank

erfolgen konnte. Die Devisen- und Goldreserven eines Noteninstituts seien nicht dazu da, um mehr oder minder langfristige Schulden der Volkswirtschaft zu erfassen.

Wir hatten unsere Mark stabil durch die Devisenzwangswirtschaft,

aber die Reichsbank kam in den Gold- und Devisenmarkt regulierend nicht eingreifen, weil sie keine Gold- und Devisenreserven mehr hat. Sie habe also die Reichsbank aktionsunfähig gemacht. Es besteht heute die Gefahr, daß die Reichsbankreserve auf Null zusammenschrumpft. Wenn wir diese Dinge so weiterlaufen lassen, so kommt die Reichsbank in die Gefahr, daß sie den Verkauf von Reichsmark im Ausland nicht mehr verhindern kann. Das heißt, wir kommen mit Sicherheit in ein offizielles Dilemma der Reichsbank hinein und erleben eine neue Entwertung der Reichsmark, die — ich glaube, das ist Ihnen allen klar — eine noch größere Katastrophe bedeuten würde als die von 1923, eine Katastrophe, die die Reichsbank weder zulassen noch zu verantworten gewillt oder in der Lage ist.

## Die deutsch-italienische Kulturgemeinschaft.

Reichsminister Goebbels beim italienischen König und Mussolini.

Reichsminister Goebbels besuchte bei seiner Anwesenheit in Rom zuerst den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Savio, dann den italienischen König im Quirinal und anschließend den Chef der Regierung, Mussolini, im Palazzo Venezia. Dann fand ein freundschaftliches Gespräch zwischen dem Reichsminister Goebbels und dem Präsidenten der Konferenz der deutschen Arbeiter, Voderero, zu Ehren des Reichsministers Goebbels gab. Es wurden kurze Eindrücke geteilt, in denen Voderero und Goebbels die engen kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, und zwar nicht nur in der Vergangenheit, wie Reichsminister Goebbels besonders betonte, sondern auch für die Zukunft besonders hervorhoben.

### „Graf Zeppelin“ in Rom.

Empfang durch die italienische Regierung.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Montag zum ersten Male nach Rom gekommen und landete auf dem Flugplatz Ciampino bei Rom. Der König und Mussolini waren neben dem Minister Goebbels und den beiden Vorgesetzten Deutschlands gleichfalls zum Empfang im Flughafen anwesend, ebenso die gesamte deutsche Kolonne und eine große Menschenmenge. Der Zeppelin hatte eine fünfminütige Nacht zu überwinden, kam aber glänzend und wohlbehalten zur festgesetzten Zeit an. Kurz nach der Landung unternahm „Graf Zeppelin“ mit Ehrengeleiten, unter ihnen Minister Goebbels, eine Rundfahrt über Rom.